

1 Antragsteller: Landesvorstand
2
3
4

5 Betreff: Für mehr Chancengerechtigkeit in Rheinland-Pfalz
6
7
8

9 Der Landesparteitag möge beschließen:
10
11

12 I. Einleitung

13 175 Jahre nach dem Hambacher Fest, 60 Jahre nach der Verabschiedung der rheinland-
14 pfälzischen Verfassung und 60 Jahre nach Gründung der rheinland-pfälzischen FDP ist ein
15 guter Zeitpunkt für die Liberalen in Rheinland-Pfalz die Frage nach der Freiheit neu zu
16 stellen. Wo stehen Deutschland und Rheinland-Pfalz heute? Welche neuen
17 Herausforderungen gibt es? Hat jeder die Chance, sein Leben in Freiheit und Verantwortung
18 selbst zu gestalten und Bürgersinn zu entwickeln? Anhand einiger konkreter Beispiele gibt
19 der Landesparteitag den Startschuss für eine Debatte über mehr Chancengerechtigkeit in
20 unserem Land. Alle Gliederungen und alle Mitglieder der Partei sollen die Möglichkeit
21 erhalten, sich an dieser Debatte zu beteiligen. Deshalb liegt kein konkretes Programm vor,
22 sondern grobe Denkskizzen, deren gemeinsame Leitmelodie die Chancengerechtigkeit ist.
23 Diese Denkskizzen müssen durch Konkretisierungen mit Leben gefüllt werden. Auch
24 überhaupt noch nicht genannte Themen können und sollen eingebracht werden. Ziel ist es, auf
25 dem Landesparteitag 2008 ein programmatisches Papier zu verabschieden, das die Leitlinien
26 für die Arbeit von Partei und Fraktion in den kommenden Jahren vorgibt.
27
28
29

30 II. Der Weg der Freiheit

31 Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als
32 politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Ausgehend von Hambach haben die
33 Liberalen in Deutschland den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der
34 freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und
35 der Rechtsbindung staatlicher Gewalt erkämpft. Der einzelne Bürger, seine menschliche
36 Würde und seine Menschenrechte stehen für den Liberalismus im Vordergrund. Die durch
37 Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit abgesicherte Freiheit des einzelnen und das Streben
38 nach nationaler Einheit sollten in der schwarz-rot-goldenen Fahne symbolisiert werden, die
39 beim Hambacher Fest erstmals in größerer Zahl mitgeführt wurde. Seit dem 3. Oktober 1990
40 genießen alle Deutschen Freiheit und Recht in einem wiedervereinten Deutschland. Den 3.
41 Oktober sollten wir Deutschen deshalb selbstbewusst feiern. Was die Freiheit wirklich wert
42 ist, wird oft erst bewusst, wenn sie einem genommen wird.
43

44 Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in Rheinland-Pfalz haben viel erreicht und
45 auf den Trümmern des Zweiten Weltkrieges eine freiheitliche und wohlhabende Gesellschaft
46 aufgebaut, auf die sie stolz sein können. Den rechtlichen Ordnungsrahmen haben das
47 Grundgesetz und bei uns im Land auch die rheinland-pfälzische Verfassung gesetzt. Es gilt
48 auch in Zukunft, diesen freiheitlichen Ordnungsrahmen zu verteidigen. Dabei geht es uns
49 Liberalen nicht nur um die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und die Verteidigung von
50 Bürgerrechten. Wir wollen den Menschen eine gerechte Chance auf Teilhabe am Wohlstand
51 unserer Gesellschaft und auf Mitwirkung am demokratischen Gemeinwesen eröffnen. So

1 genügt es nicht, Kindern formal den Zugang zu allen Bildungswegen zu eröffnen.
2 Chancengerechtigkeit bedeutet, dass die Kinder auch tatsächlich in die Lage versetzt werden,
3 einen ihrer Begabung entsprechenden Bildungsgang wählen zu können. Nur mit mehr
4 Bürgersinn, mit einem Bewusstsein für den unzertrennlichen Zusammenhang von Freiheit
5 und Verantwortung wird es gelingen, mehr Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu
6 realisieren.

10 **III. Chancengerechtigkeit bedeutet:**

12 **1. Leistungsfähiges Bildungswesen**

14 Die öffentlichen Schulen verlieren zunehmend an Akzeptanz. Immer mehr Eltern entscheiden
15 sich, ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken. Nicht nur unter dem Aspekt der
16 Chancengerechtigkeit ist dies eine Besorgnis erregende Entwicklung. Ein Land, dessen
17 einziger nennenswerter Rohstoff in den Köpfen der Menschen liegt, braucht leistungsfähige
18 Schulen, die alle Schüler entsprechend ihrer unterschiedlichen Begabungen optimal fördern.

20 Der Staat muss sicherstellen, dass Kinder beim Eintritt in die Schule die deutsche Sprache so
21 weit beherrschen, dass sie dem Unterricht folgen können. Sonst bleiben Kinder von Beginn an
22 ohne Chance – zunächst in der Schule, später im Arbeitsleben und als Teil der
23 Bürgergesellschaft. Die FDP fordert Chancengerechtigkeit für Kinder.

26 **2. Wettbewerbsfähige Hochschule**

28 Unterfinanzierte Hochschulen verlieren an Qualität und können im Wettbewerb der Besten
29 nicht mehr mithalten. Wohlhabende Eltern können ihre Kinder vor einer schlechten
30 Ausbildung bewahren, indem sie teure private Angebote oder teure Studienangebote
31 ausländischer Hochschulen nutzen. Andere haben diese Möglichkeit nicht.
32 Chancengerechtigkeit bedeutet, allen geeigneten Abiturienten eine hochwertige Bildung
33 anbieten zu können.

36 **3. Freiheit von Wissenschaft und Forschung**

38 Rheinland-Pfalz muss an der Spitze des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts
39 stehen. Das kann nur gelingen, wenn die Politik sich nicht anmaßt, Hochschulen und
40 Forschungseinrichtungen mit bürokratischen Vorgaben steuern zu wollen. Die Hochschulen
41 müssen mehr eigene finanzielle, personelle und inhaltliche Entscheidungskompetenzen
42 erhalten. Freiheit von Bürokratie ist Freiheit für Innovation. Innovation ist Voraussetzung
43 dafür, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz bei der globalen Neuverteilung von
44 Arbeitsplätzen und Wohlstand eine gerechte Chance haben.

46 Viele hoch qualifizierte Wissenschaftler wandern ins Ausland ab, weil sie dort weniger
47 bürokratische Auflagen, aber auch bessere finanzielle Rahmenbedingungen vorfinden.
48 Rheinland-Pfalz sollte sich an dem EU-Ziel orientieren, nachdem die Mitgliedstaaten bis 2010
49 für Forschung und Entwicklung 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes ausgeben sollten.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

4. Chancen der Globalisierung für Arbeit und Wohlstand nutzen

Globalisierung bedeutet internationale Marktwirtschaft und ist für ein rohstoffarmes und exportorientiertes Land wie Deutschland in besonderer Weise Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Die Globalisierung findet heute in fast allen wirtschaftlichen Bereichen statt, ob mit oder ohne Deutschland. Wer die Chancen der Globalisierung verspielt, verspielt die Chancen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft. Das gilt gerade auch im Hinblick auf den Mittelstand. Wer sich abschottet, wird abgeschottet. Wer sich hingegen durch Reformen fit macht für den internationalen Wettbewerb, der eröffnet den Menschen eine gerechte Chance auf mehr Wohlstand. Unternehmen wurden in den letzten Jahren öffentlich an den Pranger gestellt, wenn sie Produktionsstätten in anderen Ländern aufgebaut haben. Inzwischen zeigt sich: Wer international Erfolg hat, schafft nicht nur in anderen Ländern Arbeitsplätze, sondern auch in Deutschland. Ein Staat, der die wirtschaftlichen Möglichkeiten von Unternehmen unnötig begrenzt, verspielt die gerechten Chancen der Menschen auf einen Arbeitsplatz. Allerdings braucht auch eine internationale Marktwirtschaft Regeln. Das gilt auch und insbesondere im Hinblick auf die Globalisierung der Finanzmärkte. Es mehren sich die Fälle, in denen internationale Beteiligungsgesellschaften als reines Spekulationsgeschäft kreditfinanziert funktionierende Firmen aufkaufen, fusionieren oder ausschlachten. Chancengerechtigkeit erfordert, dass für global agierende Fonds internationale Regeln geschaffen werden. Sie müssen für Transparenz sorgen und eine ähnliche Aufsicht gewährleisten wie es sie für Banken, Versicherungen und den Handel mit Wertpapieren gibt.

5. Faire Wettbewerbsbedingungen innerhalb der Europäischen Union

Für deutsche und rheinland-pfälzische Unternehmen, auch für Landwirte und Winzer, müssen innerhalb der europäischen Union faire Wettbewerbsbedingungen gelten. Besonders dringend ist die Vollendung des Binnenmarktes für Strom und Gas. Aber auch in vielen anderen Bereichen - beispielsweise im Vergaberecht, auf dem Transportsektor, beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft, bei der Zulassung önologischer Verfahren im Weinbau oder bei bezeichnungsrechtlichen Vorschriften – müssen faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden.

6. Für eine Renaissance des Eigentums

Die hohe Eigenheimquote in Rheinland-Pfalz ist vorbildlich. Privates Eigentum macht den einzelnen Bürger unabhängig - vom Staat und von den Interessen anderer. Deshalb brauchen wir eine Renaissance des Eigentums. Die FDP will mehr Chancengerechtigkeit, indem sie mehr Menschen in die Lage versetzt, privates Eigentum zu erwerben und Vermögen aufzubauen.

Da Arbeit einen wesentlichen Teil des Lebens und unserer Identität ausmacht, müssen auch die Möglichkeiten für Mitarbeiterbeteiligungen gestärkt werden. Alleine die Mitbestimmung durch Funktionäre führt nicht zu mehr Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft. Die jeweiligen Formen der Mitarbeiterbeteiligungen sollten den Vereinbarungen zwischen Geschäftsführung und Belegschaft überlassen bleiben.

7. Rechte der Eigentümer gegenüber Managern stärken

Die Konzern-Affären der vergangenen Jahre zeigen, dass die Unternehmensverfassung verändert und die Kontrollmöglichkeiten der Aufsichtsräte verstärkt werden müssen. Nur ein unabhängiger Aufsichtsrat kann seine Kontrollfunktion richtig wahrnehmen. Wenn Aufsichtsratsvorsitzende als Kontrolleure die Fehler der eigenen früheren Vorstandstätigkeit aufdecken sollen, ist eine Interessenkollision unvermeidbar. Ein Vorstandsmitglied sollte nach dem Ausscheiden drei Jahre lang nicht in den Aufsichtsrat des gleichen Unternehmens wechseln können. Gleichzeitig sollten die Rechte der Hauptversammlung und damit der Eigentümer gestärkt werden. Sie sollten die Gehälter der Spitzenmanager festlegen und bestimmen, ob die Gehälter offen gelegt werden oder nicht.

8. Chancen neuer Technologien nutzen

Die Biotechnologie ist ein Beispiel für bislang verpasste Chancen, die in Zukunft genutzt werden müssen. Dass die Politik Anfang der 80er Jahre aus ideologischen Gründen verhindert hat, Insulin gentechnisch zu produzieren, wirkt sich bis heute aus. Ideen und Arbeitsplätze wurden aus dem Land getrieben. Eine ähnliche Entwicklung ist heute bei der Stammzellenforschung und bei der Grünen Gentechnik zu beobachten. Forscher brauchen in ethisch vertretbarem Rahmen gerechte Chancen, um Ideen in Produkte umsetzen zu können. Schwerstkranke Menschen brauchen Forschung, damit die Chancen auf Heilung nicht ungenutzt bleiben.

9. Infrastruktur weiter ausbauen

Nur eine gut ausgebaute und funktionierende Infrastruktur schafft Chancengerechtigkeit. Wichtige Infrastrukturprojekte dürfen insbesondere in den strukturschwachen Regionen nicht auf die lange Bank geschoben werden. So muss das Straßennetz nicht nur intakt gehalten, sondern weiter ausgebaut werden, damit ländliche Räume eine Entwicklungschance behalten. Der bundesweit vorbildliche Rheinland-Pfalz-Takt darf nicht durch eine Ausdünnung des Angebotes beschädigt werden. Strukturpolitik darf nicht mit einem Subventionswettbewerb zulasten der Steuerzahler verwechselt werden.

10. Hilfe auf Bedürftige konzentrieren

Eine Sozialpolitik, die auf mehr Chancengerechtigkeit setzt, konzentriert die Mittel auf die wirklich Bedürftigen, die sich nicht selbst helfen können. Hilfe zur Selbsthilfe bedeutet umgekehrt keine Leistung ohne Gegenleistung, sofern diese erbracht werden kann. Eine Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip hat nicht mehr genug Geld für die, die es brauchen und macht aus Staatsbürgern Staatsmündel.

11. Kriminalität wirksam bekämpfen

Kriminalität ist ein Verstoß gegen die Zivilisation. Wer sich aus Angst vor Kriminalität nicht mehr frei bewegen kann, wird unfrei. Keine Freiheit ohne Sicherheit. Deshalb müssen vor dem Hintergrund der bevorstehenden Pensionierungswelle bei der Polizei genug junge Polizisten ausgebildet werden.

1
2 Ein rasanter Anstieg ist im Bereich der Internet-Kriminalität zu verzeichnen. Wer sich nicht
3 mehr ins Internet traut, weil das Risiko Opfer einer Straftat zu werden, immer
4 unkalkulierbarer wird, verpasst Chancen. Deshalb müssen die Strategien zur Bekämpfung von
5 Computerkriminalität optimiert werden.
6
7

8 **12. Familien stärken**

9

10 Deutschland ist eines der kinderärmsten Länder der Welt. Kinder gelten in Deutschland als
11 Armutsrisiko. Die FDP will gerechte Chancen für Familien. Sie müssen als Leistungsträger
12 unserer Gesellschaft anerkannt werden. Familien leben Verantwortung vor. Ohne Familien
13 und ohne Kinder hat eine Gesellschaft keine Zukunft – weder materiell noch ideell.

14 Notwendig zur Förderung von Familien mit Kindern sind vor allem Gleichberechtigung und
15 gleiche Pflichten von Männern und Frauen bei Familienarbeit, Kindererziehung und Beruf
16 sowie die gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung von Familienarbeit und
17 Familienarbeitszeiten für Männer und Frauen. Ohne diese Gleichberechtigung und
18 Gleichverpflichtung ist eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur schwer möglich und
19 wenn, dann meist auf Kosten der Kinder und der Frauen.
20

21 Familien und Lebensgemeinschaften mit Kindern müssen gestärkt werden – unabhängig
22 davon, wie sie Kindererziehung, Familienarbeit und Beruf organisieren. Neben einem Ausbau
23 von Betreuungsangeboten ist eine familiengerechte Gestaltung der Einkommenssteuer
24 (Familiensplitting) mit einem familienbezogenen Existenzminimum und der vollen
25 steuerlichen Absetzbarkeit der Kindererziehungskosten notwendig.
26
27

28 **13. Gerechtere Chancen auf Mitwirkung für Senioren**

29

30 Der zunehmende Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz wird in den
31 kommenden Jahren zu erheblichen strukturellen Problemen führen. Nur gemeinsam mit den
32 Älteren kann eine ausgewogene Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen den
33 Generationen gelingen. Die Voraussetzungen müssen verbessert und zum Teil auch erst neu
34 geschaffen werden, damit ältere Menschen ihre Kompetenz und ihre Lebenserfahrung in den
35 verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen einbringen können. Dabei sind die berechtigten
36 Interessen der Älteren zu bewahren, wobei sie sich jedoch bei der Verteilung von Lasten nicht
37 ihrer Verantwortung entziehen dürfen. Chancengerechtigkeit in diesem Zusammenhang
38 bedeutet, in der Gesellschaft, auf dem Arbeitsmarkt und in der Politik eine aktive Rolle
39 übernehmen zu können und zu wollen.
40
41

42 **14. Integration statt Multikulti**

43

44 Sprache ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Wer dauerhaft in Deutschland
45 leben will, muss bereit sein, die deutsche Sprache zu erlernen. Es ist nicht akzeptabel, wenn
46 Menschen seit Jahrzehnten ohne deutsche Sprachkenntnisse in Deutschland leben. Das Ziel
47 muss Integration sein und nicht der Aufbau von Parallelgesellschaften in einer „Multikulti-
48 Gesellschaft“. Die Verfassung, Gesetze und die grundlegenden kulturellen Werte einer
49 Gesellschaft gelten für alle, die in dieser Gesellschaft leben wollen. Dass in anderen
50 Gesellschaften Frauen und Mädchen sich der Entscheidung ihres Vaters beugen müssen, darf
51 keine Rechtfertigung für die Unterdrückung von Frauen in Deutschland sein. Die FDP will

1 allen rechtmäßig in Deutschland lebenden Menschen eine Chance auf Teilhabe am
2 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben eröffnen. Das schließt Toleranz als Achtung
3 des Andersdenkenden und Andersgläubigen ein. Chancengerechtigkeit und Toleranz bedeuten
4 jedoch nicht die Akzeptanz von Intoleranz gegenüber den Grundlagen einer freiheitlichen
5 Gesellschaft.

8 **15. Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit wahren**

10 Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht
11 umfasst die Freiheit, seine Religion allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu bekunden.
12 Das Recht auf freie Religionsausübung darf nur eingeschränkt werden, wenn es mit anderen
13 Grundrechten kollidiert. Hassprediger, die die Grundrechte in Frage stellen, dürfen sich nicht
14 auf die Religionsfreiheit berufen. Ein anderes wichtiges Grundrecht ist das der freien
15 Meinungsäußerung. So muss es nach Auffassung der FDP auch möglich sein, bestimmte
16 Entwicklungen in Religionen zu karikieren und kritisch zu beleuchten. Wenn Grundrechte in
17 Konflikt miteinander geraten, ist für die FDP entscheidend, dass der Streit in zivilisierter,
18 rechtsstaatlicher Form ausgetragen wird. Wer andere Menschen einschüchtert, ihnen mit
19 Gewalt droht oder sogar Gewalt ausübt, ist kriminell und darf sich dabei nicht auf das Recht
20 auf Religionsfreiheit und Chancengerechtigkeit bei der Religionsausübung berufen. Wenn in
21 Deutschland Theaterklassiker aus Angst vor fundamentalistischer Gewalt nicht aufgeführt
22 werden, ist das unerträglich und darf von einer freiheitlichen Gesellschaft nicht hingenommen
23 werden.

26 **16. Natürliche Lebensgrundlagen erhalten**

28 Chancengerechtigkeit für künftige Generationen bedeutet unter anderem den Schutz der
29 natürlichen Lebensgrundlagen. Die FDP setzt dabei auf Aufklärung und nicht auf Romantik.
30 Für einen wirksamen Schutz der Umwelt sind neue Technologien entscheidend. So können
31 beispielsweise gentechnisch veränderte Bodenorganismen eine bedeutende Rolle bei der
32 Entgiftung belasteter Böden spielen und biologisch abbaubares Plastik kann mit Hilfe von
33 genetisch veränderten Pflanzen hergestellt werden.

35 Die Erhaltung von Landschaft und Natur hat für die FDP einen hohen Stellenwert. Der
36 Flächenverbrauch in Rheinland-Pfalz muss deutlich verringert werden. Der Zersiedlung der
37 Landschaft muss entgegengewirkt werden. Die bestehenden Anreize für die Kommunen zur
38 Zersiedlung müssen beseitigt werden.

41 **17. Klima schützen – Energiepotenziale nutzen**

43 Der Klimabericht der Vereinten Nationen zeichnet ein düsteres Bild: Die Erwärmung der
44 Erde wird danach zu Hitzewellen, zunehmenden Stürmen und einem Anstieg der
45 Meeresspiegel um bis zu 7 Meter führen. Die Verbrennung von Erdöl, Erdgas und Kohle trägt
46 wesentliche Verantwortung für den Klimawandel mit seinen schädlichen Auswirkungen auf
47 die Umwelt. Gleichzeitig werden die globalen Verteilungskämpfe um diese endlichen
48 Rohstoffe zu steigenden Preisen führen. Gerechte Chancen für die nachfolgenden
49 Generationen auf eine gesunde Umwelt und bezahlbare Energie erfordern deshalb eine
50 ideologiefreie Energiepolitik. Der Kampf gegen den Klimawandel kann nur mit
51 technologischen Innovationen gewonnen werden. Alle wirtschaftlich und ökologisch

1 vertretbaren Energieerzeugungstechnologien müssen genutzt werden. Für die Senkung des
2 CO₂-Ausstoßes müssen stärkere wirtschaftliche Anreize geschaffen werden. Die Forschung
3 und Entwicklung alternativer Energieformen sind weiter zu fördern. Energieeffizienz und
4 Energieeinsparung müssen ebenso wie die Kraft-Wärme-Koppelung in Zukunft eine größere
5 Rolle spielen.

8 **18. Kommunale Selbstverwaltung stärken**

10 Vereine, Kirchen und soziale Einrichtungen leben von und mit dem Engagement der Bürger.
11 Die Gemeinde als Keimzelle für bürgerschaftliches Engagement und soziale Bindungen über
12 die Familien hinaus muss gestärkt werden. Mehr Chancengerechtigkeit für die Kommunen
13 setzt eine dauerhaft solide Finanzausstattung voraus. Deshalb brauchen wir eine
14 Gemeindefinanzreform, bei der die konjunkturabhängige „Achterbahnsteuer“ Gewerbesteuer
15 abgeschafft gehört. Die kommunale Selbstverwaltung muss wieder stärker mit Leben erfüllt
16 werden.

19 **19. Schulden abbauen**

21 Die Staatsverschuldung nimmt den künftigen Generationen ihre Freiheit und die Chance,
22 noch eigene Entscheidungen über die Verwendung öffentlicher Mittel zu treffen. Es muss
23 wieder stärker ins Bewusstsein von Politikern und Bürgern gerückt werden, dass auch
24 Staatsschulden einmal zurückgezahlt werden müssen. Bund, Länder und Gemeinden nehmen
25 heute häufig Schulden auf, nur um die Zinslasten aus den bestehenden Altschulden bedienen
26 zu können. Was ein überschuldeter Staat bedeutet, haben die älteren Bürger in Deutschland
27 selbst leidvoll erfahren müssen und konnte kürzlich aktuell in Argentinien besichtigt werden.
28 Vor allem das bescheidene Vermögen weniger wohlhabender Bürger wurde vernichtet. Wer
29 die Staatsverschuldung dauerhaft abbauen will, muss einen verbindlichen Stufenplan erstellen
30 und über verfassungsrechtliche Neuregelungen zur Begrenzung der Staatsverschuldung
31 nachdenken. Die bisherigen Regelungen haben sich nicht bewährt.

39 angenommen: _____

41 abgelehnt: _____

43 überwiesen: _____